

September 2026

Länderbericht

Regionalprojekt Nordische Länder



Parlamentswahl in Schweden

Schwierige Regierungsbildung erwartet

Christine Leuchtenmüller, Claudia Yngwe Lübbers, 17. September 2026

Am 13. September 2026 fanden in Schweden Parlamentswahlen statt. Die Sozialdemokraten (S) bleiben stärkste Partei, erzielten jedoch ihr schlechtestes Wahlergebnis seit mehr als einem Jahrhundert. Die bürgerlich-konservativen Parteien schnitten besser ab als zuletzt in den Umfragen erwartet. Gleichzeitig verloren die Schwedendemokraten (SD) erstmals seit ihrem Einzug in den Reichstag an Stimmen. Nach Auszählung der Stimmen erzielte der rot-grüne Block mit 176 Sitzen eine knappe Mehrheit gegenüber den 173 Sitzen des bürgerlich-konservativen Blocks. Damit rückt die bereits im Wahlkampf zentrale Frage der Regierungsbildung in den Vordergrund. Unterschiedliche Koalitionspräferenzen dürften eine rasche Regierungsbildung erschweren.

Das Wahlergebnis

Die Parlamentswahlen in Schweden waren von einem äußerst engen Wahlausgang und einer knappen Sitzverteilung zwischen den politischen Blöcken geprägt. Der Mitte-links-Block bekam mit insgesamt 176 von 349 Sitzen die Mehrheit. Er setzt sich aus den Sozialdemokraten (S) mit 28,0 %, der Linkspartei (V) mit 8,4 %, der Zentrumspartei (C) mit 7,0 % und der Umweltpartei (MP) mit 6,1 % zusammen. Damit geht der Auftrag der Regierungsbildung an Magdalena Andersson von den Sozialdemokraten (S). Mit rund 28 Prozent bleiben sie stärkste Partei, erzielten jedoch ihr schlechtestes Ergebnis seit mehr als 100 Jahren.

Das bürgerlich-konservative Lager (blauer Block) errang 173 Mandate und schnitt deutlich besser ab, als es viele Umfragen vor der Wahl erwarten ließen. Innerhalb des blauen Blocks verschoben sich die Kräfteverhältnisse. Die Moderaten (M) von Ministerpräsident Ulf Kristersson konnten hinzugewinnen und liegen mit rund 19,8 Prozent wieder vor den Schwedendemokraten (SD) von Jimmie Åkesson, die rund 17,5 Prozent der Stimmen erreichten. Bei der letzten Wahl 2022

hatten die SD mit 20,5 Prozent erstmals die Moderaten (19,1 Prozent) überholt. Nun verlieren die SD erstmals seit ihrem Einzug in den Reichstag 2010 bei einer Parlamentswahl an Stimmenanteilen.

Zum traditionellen bürgerlichen „blauen“ Lager gehören außerdem die Christdemokraten (KD) von Ebba Busch mit rund 6,2 Prozent sowie die Liberalen (L) von Simona Mohamsson mit rund 5,3 Prozent. Beide konnten gegenüber 2022 Stimmen dazugewinnen. Besonders bemerkenswert war die Aufholjagd der Liberalen (L): Noch rund zwei Wochen vor der Wahl lagen sie in Umfragen bei lediglich rund 2 Prozent und damit weit unter der Vier-Prozent-Hürde. In der Schlussphase gelang es ihnen, Stimmen zu mobilisieren – offenbar auch durch taktische Stützstimmen von Wählern anderer Parteien des blauen Blocks, die ein Ausscheiden der Liberalen und damit eine Schwächung des gesamten Regierungsblocks verhindern wollten. Die SD gehören historisch nicht zum bürgerlichen Block, bildeten seit 2022 aber dessen parlamentarische Stütze.

Schwedens politische Blöcke und mögliche Regierungsbündnisse

Schwedens Politik war lange von zwei festen Blöcken geprägt: dem rot-grünen Lager um die Sozialdemokraten (S) sowie dem bürgerlichen blauen Lager bestehend aus Moderaten (M), Christdemokraten (KD), Liberalen (L) und früher auch der Zentrumspartei (C). Mit dem Aufstieg der Schwedendemokraten (SD) ist diese traditionelle Blockstruktur aufgebrochen. Die Zentrumspartei (C) nimmt heute eine Schlüsselposition zwischen den Lagern ein, zieht jedoch zwei klare rote Linien: keine Regierungsbildung, die von den Schwedendemokraten (SD) abhängig ist, und keine Regierung, in der die Linkspartei (V) Ministerposten erhält. Damit dürfte C bei der Suche nach einer tragfähigen Regierungsmehrheit eine entscheidende Rolle zukommen.

Magdalena Andersson (S) ließ im Wahlkampf offen, mit welchen Parteien sie eine Regierung bilden würde. Eine Zusammenarbeit mit den Schwedendemokraten schloss sie jedoch aus.

Die derzeit von den Moderaten (M) geführte Minderheitsregierung aus Christdemokraten (KD) und den Liberalen (L) wird von den Schwedendemokraten (SD) unterstützt, die nicht Teil der Regierung sind. Die Grundlage dafür bildete das sogenannte Tidö-Abkommen. M, KD, L und SD werden gemeinsam als Tidö-Lager bezeichnet.

Themen im Wahlkampf

Kurs der bürgerlichen Parteien

Der Wahlkampf war intensiv und von einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den politischen Lagern geprägt.

Die Moderaten (M) unter Parteichef Ulf Kristersson haben in den vergangenen vier Jahren gemeinsam mit ihren Tidö-Partnern einen deutlich restriktiveren Kurs in den Bereichen Migration, Sicherheit und Verbrechensbekämpfung verfolgt. Die Regierung konnte dabei im Wahlkampf auf eine deutlich

verbesserte Sicherheitsbilanz verweisen. Besonders sichtbar ist der Rückgang der Schusswaffengewalt von rund 80 Prozent. Unter dem Wahlkampfmotto „Anstrengung soll sich lohnen, Verbrechen sollen bestraft werden, verbanden die Moderaten wirtschaftliche Entlastungen und eine stärkere Arbeitsorientierung mit ihrem klaren Kurs in der Kriminalitätsbekämpfung.

Die Christdemokraten (KD) versuchten, konservative Politik stärker mit sozialen Themen zu verbinden. Parteichefin Ebba Busch betonte, dass es nach Jahren der notwendigen Fokussierung auf Migration und Kriminalität, nun eine bürgerliche Politik mit „mehr Herz“ brauche und sozialpolitische Fragen wieder stärker in den Mittelpunkt rücken sollten.

Damit zielte sie auf die sogenannten „*Magdalena-Moderaten*“: bürgerliche Wähler, die traditionell die Moderaten wählen, denen die enge Zusammenarbeit mit der SD und der damit verbundene politische Kurs jedoch zu weit ging und die deshalb zu Magdalena Andersson (S) tendieren. Busch öffnete zugleich taktisch die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten. Gleichzeitig hielt Busch am Tidö-Block als politische Priorität fest und schloss auch eine Regierung mit SD-Chef Jimmie Åkesson nicht aus.

Sozialdemokraten: Regierung ohne SD

Die Sozialdemokraten (S) veröffentlichten ihr Wahlprogramm erst knapp zwei Wochen vor der Wahl. Bewusst vermieden sie die Themen Migration und Kriminalität und fokussierten sich stattdessen auf die Aussage, Garant für eine Regierung ohne Schwedendemokraten zu sein. Andersson vermied konkrete Aussagen über mögliche Koalitionspartner.

„Geldbeutelwahl“

Der Wahlkampf wurde auch als „Geldbeutelwahl“ bezeichnet. Nach Jahren hoher Inflation und wirtschaftlicher Unsicherheit standen finanzielle Entlastungen im Vordergrund. Die Regierung Kristersson verwies auf Entlastungsmaßnahmen und die inzwischen deutlich gesunkene Inflation. Dazu gehörten unter anderem Steuersenkungen

sowie Maßnahmen zur Senkung der Kraftstoffkosten und die zeitweise Reduzierung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel. Die Moderaten versprachen weitere Entlastungen der Haushalte für die kommende Legislaturperiode. Die Sozialdemokraten (S) und Schwedendemokraten (SD) warben zudem mit einer stärkeren staatlichen Übernahme von Zahnarztkosten; Die Sozialdemokraten kündigten außerdem an, den „Karensdag“, den ersten unbezahlten Krankheitstag, abschaffen zu wollen.

Zentrumspartei zwischen den politischen Lagern

Die Zentrumspartei (C) unter Elisabeth Thand Ringqvist steht traditionell dem bürgerlichen Lager nahe. Sie grenzte sich klar von einer Zusammenarbeit mit den Schwedendemokraten (SD) ab, zeigte sich jedoch offen für eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten. Gleichzeitig steht die Zentrumspartei (C) einer Zusammenarbeit mit den Grünen (MP) und Linken (V) kritisch gegenüber. Damit könnte die Zentrumspartei bei der Regierungsbildung eine entscheidende Rolle spielen.

Vorläufiges Wahlergebnis

Partei	Stimmanteil 2026 (in %)	Sitze 2026	Veränderung 2022 (in%)
Sozialdemokraten (S)	28,0	99	- 2,3
Moderate (M)	19,8	70	+0,7
Swedendemokraten (SD)	17,5	62	-3,0
Linkspartei (V)	8,4	30	+1,6
Zentrumspartei (C)	7,0	25	+0,3
Christdemokraten (KD)	6,2	22	+0,8
Umwelpartei (MP)	6,1	22	+1,0
Liberale (L)	5,3	19	+0,7

Fazit

Regierungsbildung bleibt schwierig

Die Wahl endete in einem unerwartet knappen Rennen. Das bürgerlich-rechte Lager konnte in der Schlussphase deutlich stärker aufholen als erwartet und liegt nur knapp hinter Mitte-links. Gleichzeitig haben sich die Kräfteverhältnisse innerhalb der Blöcke verschoben: Die Moderaten sind wieder stärkste Kraft im bürgerlichen Lager, während die SD erstmals seit ihrem Einzug in den Reichstag Stimmenanteile verlieren.

Trotz des Wahlsiegs des Mitte-links-Lagers bleibt die Regierungsbildung offen. Für Magdalena Andersson bestehen mehrere Optionen, die jedoch jeweils erhebliche politische Hürden aufweisen. Eine Regierung aus Sozialdemokraten, Umwelt (MP) und Zentrumspartei (C) bräuchte die Unterstützung der Linkspartei, die ihrerseits

Regierungsbeteiligung verlangt. Dies lehnt die Zentrumspartei bislang entschieden ab.

Als Alternative könnte Andersson eine sozialdemokratische Minderheitsregierung bilden und für unterschiedliche Vorhaben wechselnde Mehrheiten suchen – eine Möglichkeit, die sie selbst ausdrücklich offengelassen hat. Daneben steht ein breiteres Mitte-Bündnis aus S, C, MP und KD im Raum, das vor allem von der Zentrumspartei ins Spiel gebracht wurde, bislang aber keine gemeinsame politische Grundlage erkennen lässt.

Ob Andersson eine stabile Regierung bilden kann, wird davon abhängen, ob es ihr gelingt, die politischen Gegensätze innerhalb des Mitte-links-Lagers zu überbrücken. Eine Minderheitsregierung könnte sie zwar die Regierungsbildung erleichtern, zugleich aber die politische Handlungsfähigkeit der neuen Regierung begrenzen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Christine Leuchtenmüller
Leiterin des Regionalprojekts Nordische Länder
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit (EIZ)
www.kas.de

christine.leuchtenmueller@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)